



Deutsche Wirtschaft: Die schlechten Nachrichten kommen noch – die besseren hoffentlich auch

Ute Pappelbaum

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland wird voraussichtlich weiter steigen. Creditreform rechnet damit, dass eine Trendwende frühestens im späteren Verlauf des Jahres 2027 erreicht werden könnte. Im ersten Halbjahr 2026 wurden rund 12.900 Firmenpleiten gezählt – so viele wie seit 2013 nicht mehr. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle sieht die Insolvenzen ebenfalls auf außergewöhnlich hohem Niveau.

Denn die Insolvenzzahlen beschreiben vor allem, was sich in den vergangenen Jahren in den Bilanzen der Unternehmen angesammelt hat: schwache Nachfrage, hohe Energiepreise, gestiegene Finanzierungskosten, geopolitische Unsicherheit und strukturelle Standortprobleme. Rücklagen werden nicht in einem Quartal aufgezehrt, Finanzierungsprobleme entstehen nicht über Nacht. Insolvenzen reagieren deshalb mit Verzögerung auf wirtschaftliche Schwäche.

Wer wissen will, wohin sich die Wirtschaft bewegt, muss neben diesem Rückspiegel auf die Daten am aktuellen Rand schauen. Und dort ist das Bild weniger eindeutig schlecht.

Keine Wende, aber eine veränderte Lage

Noch im Juli hatte das Bundeswirtschaftsministerium die wirtschaftliche Lage als „leicht aufgehellt“ beschrieben. Nach den Belastungen durch die Eskalation im Nahen Osten und den zwischenzeitlich stark gestiegenen

Energiepreisen deuteten die Indikatoren auf eine vorsichtige Stabilisierung. Zugleich blieb das Ministerium zurückhaltend: Die Unsicherheit sei hoch, die erhöhten Energie- und Rohstoffpreise belasteten Unternehmen und private Haushalte weiter.

Diese Unterscheidung ist wichtig. Stabilisierung ist noch kein Aufschwung.

Die deutsche Wirtschaft kommt aus einer langen Phase, in der mehrere Belastungen gleichzeitig wirkten. In einer solchen Situation muss eine konjunkturelle Verbesserung nicht mit kräftigem Wachstum beginnen. Zunächst genügt, dass sich die Verschlechterung nicht weiter fortsetzt.

Genau deshalb lohnt der Blick auf die Industrie.

Die jüngsten Daten zu Auftragseingängen und Produktion, die am 6. und 7. August veröffentlicht wurden, gehören zu den zentralen Größen für die Lageeinschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums im August. Entscheidend ist dabei weniger ein einzelner Monatswert als die Frage, ob

sich hinter den erheblichen Schwankungen eine belastbarere Grundtendenz entwickelt.

Das ist nach Jahren industrieller Schwäche die eigentliche Schwelle: Nicht der erste positive Monat entscheidet, sondern ob Unternehmen wieder genügend Nachfrage sehen, um Kapazitäten auszulasten und anschließend Investitionen auszuweiten.

Die Zeitachsen laufen auseinander

Damit entsteht im Sommer 2026 ein Bild, das auf den ersten Blick widersprüchlich wirkt.

Die Insolvenzen steigen weiter. Der Arbeitsmarkt bleibt angespannt. Gleichzeitig gibt es Anzeichen einer konjunkturellen Stabilisierung, und die Bundesregierung erwartet im weiteren Jahresverlauf zusätzliche Impulse durch ihre fiskalischen Maßnahmen. Bereits im Juli ging das Wirtschaftsministerium davon aus, dass bei nachlassenden energiepreisbedingten Belastungen eine Erholung möglich ist.

Der Widerspruch löst sich auf, wenn die unterschiedlichen Zeitachsen berücksichtigt werden.

Insolvenzen laufen der Konjunktur hinterher. Beschäftigung reagiert ebenfalls verzögert. Unternehmen stellen nicht sofort wieder ein, nur weil sich Aufträge stabilisieren. Nach mehreren schwachen Jahren werden sie zunächst vorhandene Kapazitäten nutzen, Kosten kontrollieren und ihre Bilanzen reparieren.

Investitionen liegen dagegen weiter vorne in der Wirkungskette. Sie hängen nicht nur von der heutigen Nachfrage ab, sondern von den Erwartungen über die kommenden Jahre.

Damit wird für die deutsche Wirtschaft eine Größe entscheidend, die sich nur unvollständig in Monatsstatistiken abbilden lässt: Vertrauen in die künftigen Erträge von Investitionen am Standort Deutschland.

Der Staat kauft Zeit – mehr zunächst nicht

Hier beginnt allerdings die schwierigere wirtschaftspolitische Frage.

Ein wesentlicher Teil der erwarteten Belebung soll aus den fiskalischen Impulsen des Bundes kommen. Infrastruktur, Verteidigung und weitere öffentliche Investitionen erhöhen die

Nachfrage. Das kann nach Jahren schwacher Entwicklung einen erheblichen konjunkturellen Impuls setzen.

Es wäre jedoch voreilig, daraus bereits eine strukturelle Wende abzuleiten.

Der Staat kann Aufträge auslösen. Er kann Straßen, Schienen, Netze und Verteidigungsgüter finanzieren. Er kann damit Unternehmen zusätzliche Nachfrage verschaffen und private Investitionen attraktiver machen.

Er kann private Investitionsbereitschaft aber nicht dauerhaft ersetzen.

Das ist die ordnungspolitische Bruchlinie der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik: Zusätzliche Staatsausgaben können die Konjunktur stabilisieren, während die Ursachen der privaten Investitionsschwäche bestehen bleiben.

Dann wächst zwar das Bruttoinlandsprodukt, ohne dass sich das Wachstumspotenzial im gleichen Maß verbessert.

Die Qualität der kommenden Erholung entscheidet sich deshalb nicht daran, ob die Staatsausgaben Wachstum erzeugen. Entscheidend ist, was sie anschließend auslösen.

Folgen auf öffentliche Infrastrukturinvestitionen neue Fabriken, Maschinen, Rechenzentren und Unternehmensgründungen, entsteht ein Multiplikator über die unmittelbare Staatsnachfrage hinaus. Bleibt die private Investitionstätigkeit schwach, wird der fiskalische Impuls dagegen zunehmend selbst zum Träger des Wachstums.

Das wäre Stabilisierung – aber noch keine wirtschaftliche Erneuerung.

Auch die Inflation verändert ihre Rolle

Ein zweiter Faktor spricht dafür, die gegenwärtige Lage nicht ausschließlich durch die Krisenbrille zu betrachten.

Über Jahre musste Wirtschaftspolitik gleichzeitig mit schwachem Wachstum und außergewöhnlich hohem Preisdruck umgehen. Diese Konstellation hat sich verändert. Damit können steigende Einkommen stärker auf die reale Kaufkraft wirken, sofern neue Energiepreisschocks ausbleiben.

Für die Binnenwirtschaft ist das relevant.

Private Haushalte reagieren allerdings ebenfalls nicht mechanisch auf höhere Realeinkommen. Nach mehreren Jahren außergewöhnlicher Unsicherheit entscheidet sich erst noch, welcher Teil zusätzlicher Kaufkraft konsumiert und welcher gespart wird.

Auch hier geht es deshalb um Erwartungen.

Ein nachhaltiger Konsumimpuls entsteht nicht allein aus mehr verfügbarem Einkommen. Er benötigt die Erwartung, dass Beschäftigung und Einkommen verlässlich bleiben. Der schwache Arbeitsmarkt begrenzt diesen Effekt derzeit noch.

Die Insolvenzstatistik darf nicht falsch gelesen werden

Gerade deshalb verdient die hohe Zahl der Firmenpleiten eine nüchterne Einordnung.

Insolvenzen sind zunächst Teil einer Marktwirtschaft. Unternehmen, deren Geschäftsmodelle dauerhaft nicht mehr tragfähig sind, müssen aus dem Markt ausscheiden können. Kapital und Arbeitskräfte werden dadurch für produktivere Verwendungen frei.

Diese Bereinigungsfunktion funktioniert allerdings nur, wenn gleichzeitig neue Unternehmen entstehen und bestehende Unternehmen investieren.

Genau hier liegt das deutsche Problem.

Wenn Marktaustritte hoch bleiben, während Investitionen und Gründungsdynamik schwach sind, findet keine produktive Erneuerung statt. Die Volkswirtschaft verliert dann Kapazitäten, ohne sie ausreichend zu ersetzen.

Deshalb ist die entscheidende Zahl der kommenden Jahre nicht allein die Zahl der Insolvenzen. Es ist das Verhältnis zwischen wirtschaftlichem Ausscheiden und wirtschaftlichem Neubeginn.

Deutschland fehlt weniger Kapital als Geschwindigkeit

An diesem Punkt berührt die Konjunkturfrage eine breitere Debatte über die Funktionsfähigkeit des Standorts.

Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle hat Deutschland aktuell als risikoscheu, perfektionistisch und zu langsam beschrieben und vor einem „Kipppunkt“ gewarnt. Seine Diagnose richtet sich vor allem auf Staat und Verwaltung. Ökonomisch interessant daran ist ein anderer Aspekt: Geschwindigkeit hat einen Preis.

Eine Genehmigung, die zwei Jahre statt sechs Monate benötigt, verändert eine Investitionsrechnung. Ein Gerichtsverfahren, dessen Ausgang erst nach Jahren

feststeht, bindet Kapital. Infrastruktur, die geplant, finanziert, aber nicht gebaut wird, erhöht keine Produktivität.

Das ist kein Argument gegen rechtsstaatliche Verfahren. Es ist ein Argument dafür, deren Zeitkosten als wirtschaftliche Kosten anzuerkennen.

Gerade jetzt wird das wichtig. Denn mit den zusätzlichen staatlichen Investitionsmitteln verschiebt sich der Engpass. Deutschland mangelt in den kommenden Jahren nicht in erster Linie an finanzierbaren Projekten. Entscheidend wird sein, wie schnell aus verfügbaren Mitteln produktives Kapital entsteht.

Der Optimismus liegt nicht in den Zahlen von heute

Es wäre falsch, im August 2026 bereits einen deutschen Aufschwung auszurufen.

Die Insolvenzen sind zu hoch, der Arbeitsmarkt zu schwach und die industrielle Erholung zu unsicher. Geopolitische Konflikte und Energiepreise bleiben erhebliche Risiken. Auch das Bundeswirtschaftsministerium hatte zuletzt lediglich von einer vorsichtigen Stabilisierung gesprochen.

Aber ebenso falsch wäre es, aus den gegenwärtigen Belastungen eine lineare Fortschreibung der vergangenen Jahre abzuleiten.

Die ökonomische Konstellation verändert sich.

Die akuten Energiebelastungen können nachlassen. Fiskalische Mittel stehen in außergewöhnlichem Umfang bereit. Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben schaffen Nachfrage. Und der politische Streit dreht sich zunehmend nicht mehr darum, ob Deutschland ein strukturelles Wachstumsproblem besitzt, sondern darum, wie schnell es behoben werden kann.

Das klingt nach einer kleinen Verschiebung. Tatsächlich ist es eine wichtige.

Denn wirtschaftliche Wendepunkte werden selten zuerst in den Daten sichtbar, die den größten öffentlichen Eindruck hinterlassen. Insolvenzen und Arbeitslosigkeit erzählen noch lange von der Krise, wenn Unternehmen ihre Erwartungen bereits verändern. Umgekehrt können staatliche Milliarden eine Erholung vortäuschen, die privatwirtschaftlich noch gar nicht trägt.

Deshalb wird sich die deutsche Wirtschaftswende nicht an einem einzelnen BIP-Quartal entscheiden.

Sie beginnt dann, wenn Unternehmen wieder davon ausgehen, dass sich eine langfristige Investition in Deutschland lohnt.

Im August 2026 ist dieser Punkt noch nicht erreicht. Aber die Voraussetzungen, ihn zu erreichen, sind besser als die aktuellen Insolvenzzahlen vermuten lassen. Der Staat hat mit zusätzlichen Milliarden Zeit gekauft. Ob daraus ein Aufschwung wird, entscheidet sich nun daran, ob Deutschland diese Zeit nutzt, um aus öffentlicher Nachfrage wieder private Zuversicht und aus Kapital wieder produktive Investitionen zu machen.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE), Konjunkturelle Lage August 2026; Creditreform; Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4951407/Deutsche-Wirtschaft-Die-schlechten-Nachrichten-kommen-noch---die-besseren-hoffentlich-auch/>